

ROLAND Rechtsreport 2011

Einstellung der Bevölkerung
zum deutschen Rechtssystem,
zu jugendlichen Gewalttätern
und zur Mediation

IfD

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH



ROLAND

Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis: deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre

Stichprobe: 1.802 Personen, repräsentativ für den befragten Personenkreis

Methode: Face-to-face-Interviews

Befragungszeitraum: Die Interviews wurden vom 2. bis 16. September 2011 geführt.

Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Dr. Jan C. Vaterrodt

Leiter Marketing und Kommunikation

Deutz-Kalker Straße 46

50679 Köln

www.roland-konzern.de

presse@roland-konzern.de

Vorbemerkung

Mit dem ROLAND Rechtsreport wird in regelmäßigen Abständen die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtlichen Schwerpunktthemen ermittelt. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat dazu im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durchgeführt.

Nach dem ersten ROLAND Rechtsreport, der im letzten Jahr veröffentlicht wurde, werden mit dem vorliegenden Bericht ausgewählte Fragen als Trendfortschreibung aktualisiert sowie ein aktuelles Thema vertieft. Als Themenbereiche erneut aufgegriffen wurden dabei das Vertrauen in die Institutionen in Deutschland, das Ansehen des deutschen Rechtssystems sowie die Bekanntheit und Bewertung der Mediation. Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber jugendlichen Gewalttätern, geeigneten Gegenmaßnahmen und zur Zivilcourage wurde neu und vertieft untersucht.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.802 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden persönlich-mündlich (face-to-face) zwischen dem 2. und 16. September 2011 durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee,
Oktober 2011
Institut für Demoskopie Allensbach

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	4
Geleitworte	6
Zusammenfassung	8
I. Stabiles Vertrauen in das Rechtssystem	11
II. Einstellungen zu jugendlichen Gewalttätern, Gegenmaßnahmen und Zivilcourage	23
III. Mediation: Steigende Bekanntheit, stabil positive Bewertung	33
Verzeichnis der Schaubilder	42

Liebe Leserinnen und Leser,



der erste ROLAND Rechtsreport im vergangenen Jahr war ein sehr beachtlicher Erfolg. Die Resonanz und der Zuspruch, die wir erhielten, haben uns darin bestärkt, in eine Neuauflage 2011 zu investieren. Dabei haben nicht nur die Medien den ersten ROLAND Rechtsreport aufgegriffen und zur Berichterstattung genutzt. Auch zahlreiche Richter aus ganz Deutschland haben uns zum Rechtsreport gratuliert und die Überfälligkeit einer solchen umfassenden Bestandsaufnahme zum deutschen Rechtssystem attestiert. Für diese Unterstützung möchte ich mich daher an dieser Stelle erst einmal ganz besonders bedanken.

Der ROLAND Rechtsreport 2011, den Sie gerade in den Händen halten oder am Bildschirm lesen, nimmt Trends aus dem ersten Rechtsreport ebenso auf wie ein aktuelles Thema, das uns in den letzten Monaten immer wieder sehr bewegt hat: jugendliche Gewalttäter und Übergriffe an Bahnhöfen oder anderen Orten. Dabei ging es uns auch um die Frage, ob Zivilcourage noch ein Thema im 21. Jahrhundert ist. Wir alle, die am Rechtsreport mitgearbeitet haben, haben es uns gewünscht. Und tatsächlich wünschen sich ebenso mehr als zwei Drittel der Deutschen ein stärkeres Bewusstsein für Zivilcourage und ein engagiertes Einschreiten. Nicht wegsehen ist die Devise, wenn Gewalt in unseren Alltag einbricht, sondern ein gemeinsames und beherztes Einschreiten – so die Meinung der Bevölkerung.

Und auch zum Thema Mediation haben wir die Menschen in diesem Jahr wieder befragt. Der schon im letzten Jahr zu erkennende Trend, hin zu mehr „Konsens statt Konflikt“ sowie „Einigung statt Urteil“, schreibt sich anscheinend fort. Die Anzahl der Menschen, die von Mediation als alternativem Weg zur Konfliktlösung gehört haben, nimmt dabei stetig zu. Und die Zustimmung hierzu erfreulicherweise ebenfalls. Erlebt der Gemeinsinn eine Renaissance? Fasst man die positive Einstellung zur Zivilcourage im Sinne einer Bürgerpflicht und die Zustimmung zur Mediation zusammen, kann man, ja muss man vielleicht sogar hiervon ausgehen. Da ist es umso erfreulicher, dass auch der Gesetzgeber sich aktuell dazu durchringt, auch die Qualität von Mediatoren zu gewährleisten und Standards zur Ausbildung festzulegen. Wir als einer der führenden Rechtsschutzversicherer und Befürworter der Mediation werden diesen Prozess kritisch-konstruktiv begleiten.

Schließlich haben wir aber auch ganz aktuell das grundsätzliche Vertrauen in unser Rechtssystem und dessen Institutionen untersucht. Hier zeichnet sich insgesamt ein erfreuliches Bild ab. Die Deutschen vertrauen ihren Gerichten und Gesetzen. Aber: Die Verfahren dauern zu lang und die Überlastung der Gerichte ist als Problem erkannt. Will man durch eine ausufernde, nicht hinnehmbare Prozessdauer das Grundvertrauen der Bürger nicht verspielen, dann gilt es jetzt für die Politik, hier aktiv zu werden.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.
Ihr

Gerhard Horrion
Vorstandsvorsitzender der
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Liebe Leserinnen und Leser,



Das Vertrauen in das Rechtssystem ist von eminenter Bedeutung; dem trägt der ROLAND Rechtsreport mit kontinuierlichen Bestandsaufnahmen Rechnung.

Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

zu einer gefestigten Demokratie gehört ein verlässliches Rechtssystem, das Gleichbehandlung garantiert und den Bürgern bei Auseinandersetzungen und der Verletzung ihrer Rechte Schutz und Sicherheit bietet. Das Vertrauen in das Rechtssystem ist damit auch ein wichtiger Indikator für die Qualität des Gesellschaftssystems.

Die Bürger stellen dem Rechtssystem in Deutschland ein gutes Zeugnis aus, wie der aktuelle ROLAND Rechtsreport zeigt. Sie empfinden die Gesetze als verlässliches Fundament, die Justiz als vertrauenswürdig – trotz durchaus prononcierter Kritik an langen Verfahren, häufig als zu milde empfundenen Strafen und manchen Zweifeln, ob der wichtigste Grundsatz, die Gleichbehandlung, immer gewährleistet ist.

Vertrauen in Institutionen entsteht nicht kurzfristig, sondern oft erst in Jahrzehnten. In Ostdeutschland ist das Vertrauen in Gesetze und Justiz nach wie vor deutlich geringer als in Westdeutschland – wie auch das Vertrauen in das politische System, die Demokratie. Dies unterstreicht noch einmal den engen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in das Rechtssystem und die gesellschaftspolitische Ordnung.

Zusammenfassung: Gemeinsinn durch Zivilcourage und Mediation liegen im Trend

Während in den Medien 2011 wieder teilweise umfangreich über die Übergriffe jugendlicher Gewalttäter, insbesondere auf U- oder S-Bahnhöfen, berichtet wurde, drehen sich die meisten Sorgen der Bürger weiterhin um Gesundheit, den Erhalt des Lebensstandards und die eigene Familie. Offenbar gelingt der Bevölkerung eine kritische Reflexion der Medienberichte zur Realität. Zeitgleich wünscht sich eine große Mehrheit der Bürger aber ebenso mehr Zivilcourage, um einer drohenden Gefahr durch gewalttätige Übergriffe zu begegnen. Auch die wachsende Zustimmung zur alternativen Streitbeilegung durch Mediation spricht dabei offenbar für einen neuen Gemeinsinn in der Bevölkerung.

Der vorliegende ROLAND Rechtsreport liefert in seiner aktualisierten und um neue Fragen ergänzten zweiten Auflage außerdem Erkenntnisse über das große Vertrauen in staatliche Institutionen wie Polizei, Gerichte und Gesetze ebenso wie mittlere und kleinere Unternehmen. Während die Politik aber zurzeit womöglich stärker als je zuvor in der Pflicht steht, Lösungen für die Schulden- und Euro-Krise zu liefern, bleibt das Vertrauen in die Führung des Landes durch die Bundesregierung gering, obgleich auch hier ein leichter Anstieg zu messen ist. Diese und weitere Erkenntnisse über Trends und die Einstellung der Bevölkerung zu unserem Rechtssystem im aktuellen und gesellschaftlichen Kontext hier im Überblick:

Stabiles Vertrauen in das Rechtssystem

Die deutsche Bevölkerung bringt ihrem Rechtssystem weiterhin ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. 60 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gerichte, genauso viele Deutsche haben Vertrauen in die Gesetze. Im Vergleich zum

Vorjahr ist das Vertrauen in die Gerichte allerdings um fünf Prozentpunkte leicht gesunken. Überraschend: Das Vertrauen in die Regierung ist um vier Prozentpunkte gestiegen, bleibt aber auf niedrigem Niveau. 28 Prozent geben an, sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Regierung zu haben.

Ausgeprägte Kritikpunkte in Bezug auf das deutsche Rechts- und Justizsystem lassen sich vier Bereichen zuordnen: zu lange Verfahrensdauer durch eine Arbeitsüberlastung der Gerichte, eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung, zu komplizierte Gesetze sowie zu milde Strafen. Was das Strafmaß angeht, missfällt vielen Bürgern vor allem der ihrer Meinung nach zu milde Umgang mit jugendlichen Straftätern.

Einstellungen zu jugendlichen Gewalttättern, Gegenmaßnahmen und Zivilcourage

Gut jeder Fünfte meint, dass es an dem Ort, in der Gegend, in der er wohnt, Anlass für Angst vor Übergriffen von Jugendlichen gibt. Je größer der Wohnort und je älter die Befragten, desto negativer die Einschätzung der Sicherheitslage. Als geeignete Maßnahmen zur Abwehr gewaltsamer Übergriffe werden dabei besonders häufig die personelle und technische Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum genannt: mehr Wachpersonal auf Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln, höhere Sichtbarkeit der Polizei auf den Straßen.

69 Prozent der Bürger sind der Auffassung, dass die Stärkung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit, bei gewaltsamen Übergriffen nicht wegzusehen und Zivilcourage zu zeigen, ebenfalls solche Übergriffe verhindern kann. Sofern man Zeuge eines gewaltsamen Übergriffs wird, hält es so auch die

Mehrheit der Bevölkerung (56 Prozent) für eine Bürgerpflicht einzugreifen, zum Beispiel indem man sich mit anderen zusammentut, um Schlimmeres zu verhindern. 26 Prozent dagegen können verstehen, wenn man nicht eingreift. Nach dem eigenen Verhalten gefragt, sagen 38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sie „eher eingreifen“ würden. 15 Prozent sagen explizit, dass sie nicht eingreifen würden, um sich selbst nicht in Gefahr zu bringen. 42 Prozent würden es von der konkreten Situation abhängig machen. Männer (45 Prozent) und 16- bis 29-Jährige (51 Prozent) äußern dabei deutlich häufiger als Frauen (32 Prozent) und über 60-Jährige (26 Prozent) ihre Bereitschaft zum Eingreifen. Darin spiegeln sich nicht zuletzt auch die körperlichen Voraussetzungen wider, die ein solches Eingreifen mitunter erfordert, auch um sich im Notfall selbst schützen zu können.

Mediation: Steigende Bekanntheit, stabil positive Bewertung

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung empfindet den Gedanken, in einen Gerichtsprozess verwickelt zu sein, als unangenehm: 40 Prozent empfinden den Gedanken als sehr unangenehm, weitere 27 Prozent als ziemlich unangenehm. Ein formales Verfahren für die außergerichtliche Streitbeilegung ist die Mediation. Der von der Bundesregierung verabschiedete und vom Bundestag derzeit noch beratene Entwurf für ein Mediationsgesetz folgt einem Auftrag der Europäischen Union, die sogenannte Mediationsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Inzwischen haben bereits 65 Prozent der Bevölkerung von der Möglichkeit der Mediation gehört, womit sich die Bekanntheit des Mediationsverfahrens in nur einem Jahr um acht Prozentpunkte erhöht hat.

Das Mediationsverfahren wird ähnlich positiv wie 2010 bewertet. 46 Prozent der Bevölkerung glauben, dass sich durch die Mediation viele Streitigkeiten beilegen lassen (2010: 48 Prozent); 41 Prozent hingegen sind skeptisch (2010: 39 Prozent). Von den Personen, die bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört haben, glauben 57 Prozent an einen positiven Effekt der vergleichsweise neuen Methode (2010: 58 Prozent). Nur ein gutes Drittel (2011: 34 Prozent; 2010: 35 Prozent) äußert Zweifel an der Effektivität der Mediation.

I. Stabiles Vertrauen in das Rechtssystem



I. Stabiles Vertrauen in das Rechtssystem

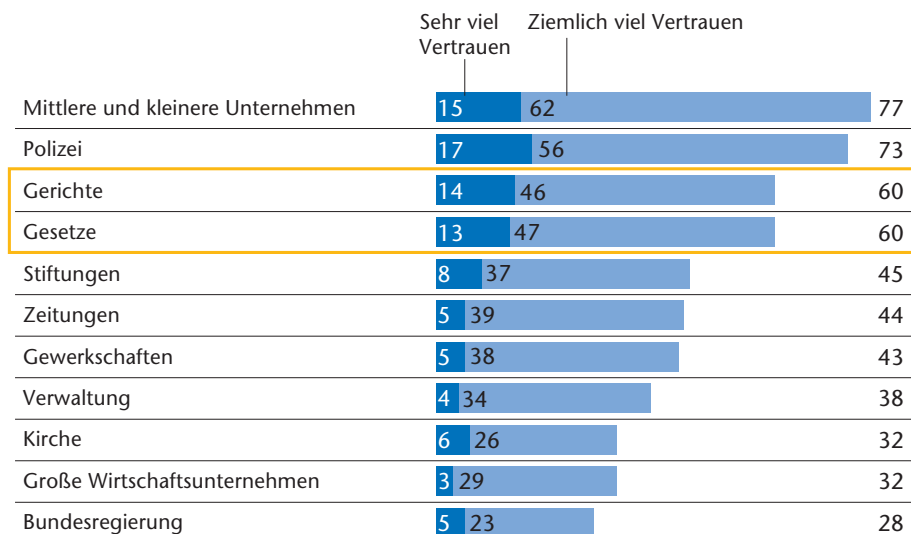
Die deutsche Bevölkerung bringt ihrem Rechtssystem, verglichen mit anderen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen, nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. 60 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gerichte, genauso viele Deutsche haben Vertrauen in die Gesetze. Noch größeres

Vertrauen schenkt die Bevölkerung mit 77 Prozent nur den mittleren und kleineren Unternehmen sowie mit 73 Prozent der Polizei. Im Vergleich dazu besonders gering ausgeprägt ist das Vertrauen in die Kirche (32 Prozent), große Wirtschaftsunternehmen (ebenfalls 32 Prozent) sowie die Bundesregierung (28 Prozent, Schaubild 1).

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Schaubild 1

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“
(Vorlage einer Liste. Angaben in Prozent)

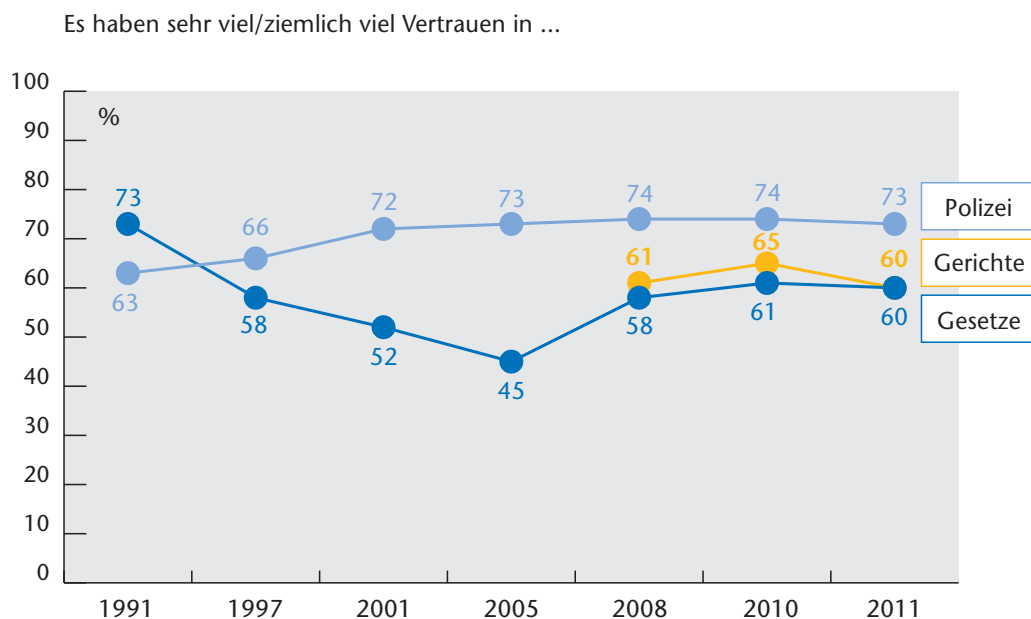


Für den Bereich der rechtlichen bzw. Recht durchsetzenden Institutionen zeigt sich ein weitgehend stabiles Bild. Im Vergleich zum Vorjahr ist zwar das Vertrauen in die Gerichte um fünf Prozentpunkte leicht gesunken. Mit 60 Prozent bringt die Bevölkerung den Gerichten aber nach wie vor ein sehr hohes Maß an Vertrauen entgegen. Das Vertrauen

in Polizei sowie in die Gesetze hat sich dagegen auf dem hohen Niveau der Vorjahre stabilisiert. Die Polizei genießt bei 73 Prozent (2010: 74 Prozent) der Bevölkerung sehr viel bzw. ziemlich viel Vertrauen. Bei den Gesetzen liegt das Vertrauensniveau mit 60 Prozent ebenfalls fast genau auf dem Niveau des Vorjahres (Schaubild 2).

Vertrauen in die Gerichte leicht gesunken – aber nach wie vor auf hohem Niveau

Schaubild 2

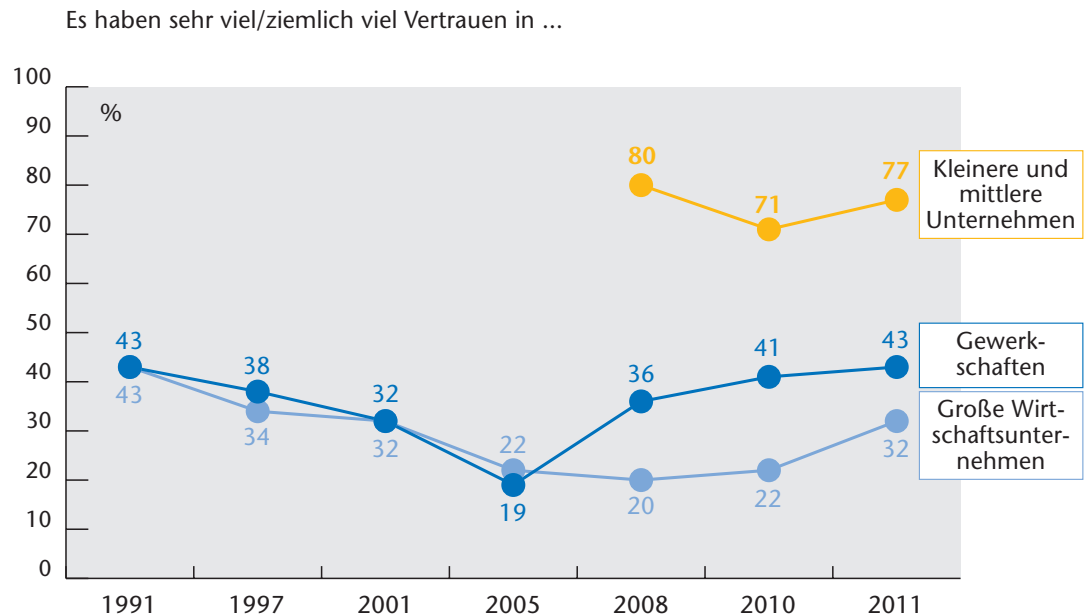


Parallel zur guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden zwölf Monate stieg auch das Vertrauen in die wirtschaftlichen Institutionen an. Bei den großen Wirtschaftsunternehmen war – ausgehend von einem niedrigen Niveau – ein besonders deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Schenkten im Vorjahr 22 Prozent der Bundesbürger den großen Unternehmen Vertrauen, sind es aktuell 32 Prozent, so viele wie zuletzt 2001. Auch kleine und mittlere Unternehmen konnten einen

Zugewinn an Vertrauen verbuchen: 77 Prozent sprechen ihnen aktuell ein sehr hohes oder hohes Maß an Vertrauen aus (2010: 71 Prozent). Bei den Gewerkschaften schließlich setzt sich der Aufwärtstrend, der mit dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 begonnen hat, fort. 43 Prozent bringen den Arbeitnehmerorganisationen derzeit sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen (Schaubild 3).

Wirtschaftliche Institutionen gewinnen an Vertrauen

Schaubild 3

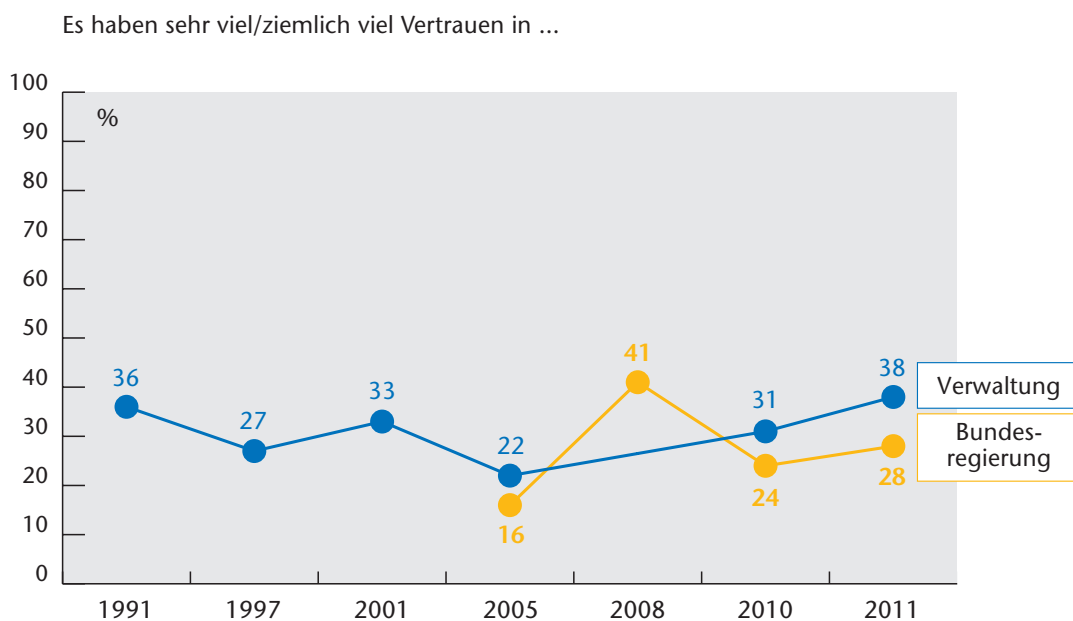


Gestiegen ist auch das Vertrauen in Regierung und Verwaltung. Bei der Verwaltung setzt sich damit ein Trend fort, der seit 2005 zu beobachten ist. Vertrauten damals 22 Prozent der Verwaltung, waren es 2010 31 Prozent. Aktuell sind es 38 Prozent, der höchste Wert seit 1991. Auch wenn das

Vertrauen in die Bundesregierung gegenüber dem Vorjahr um vier Prozentpunkte auf nun 28 Prozent gestiegen ist, wird die Bundesregierung von den Bürgern damit von allen Institutionen nach wie vor am skeptischsten gesehen (Schaubild 4).

Gestiegenes Vertrauen in Regierung und Verwaltung

Schaubild 4



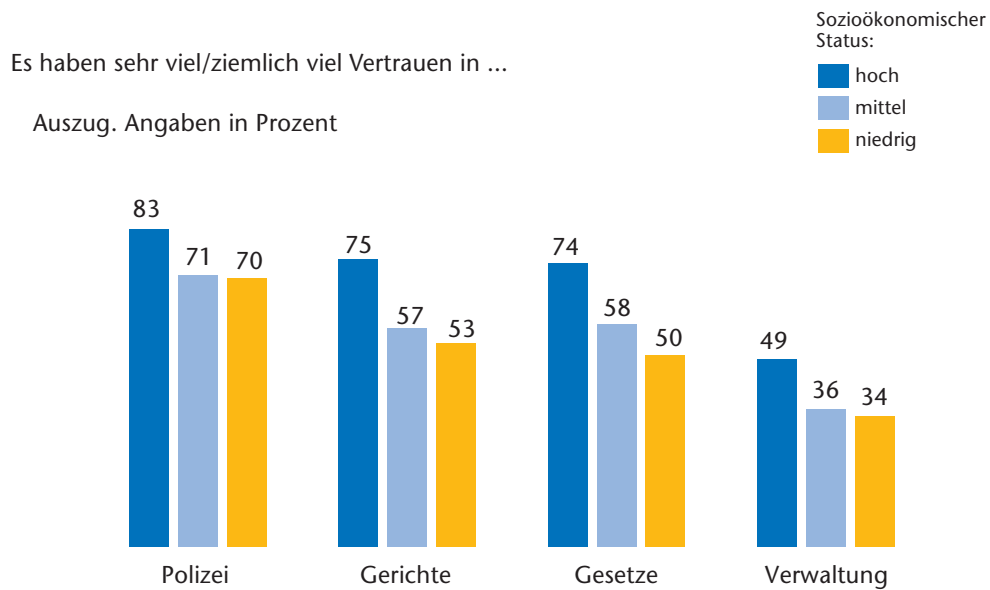
Das Vertrauen, das die Bürger den rechtlichen und Recht durchsetzenden Institutionen in Deutschland entgegenbringen, hängt in hohem Maß von den eigenen Bildungs- und Einkommensverhältnissen ab. Das Vertrauen in Polizei, Gerichte, Gesetze und Verwaltung steigt mit höherem sozioökonomischen Status signifikant an. Der sozioökonomische Status wird dabei anhand der Schul- und Berufsbildung, des Berufs, des Nettoeinkommens sowie der sozialen Schicht nach dem Interviewer-Eindruck bestimmt. Die oberen und unteren sozialen Schichten repräsentieren jeweils 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, die mittleren sozialen Schichten 60 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die höheren sozialen Schichten bringen Polizei, Gerichten, Gesetzen und Verwaltung ein deutlich überdurchschnittlich hohes Maß an Vertrauen ent-

gegen: 83 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Polizei, 75 Prozent in die Gerichte, 74 Prozent in die Gesetze, in die Verwaltung immerhin noch 49 Prozent. In den mittleren und unteren sozialen Schichten ist das Vertrauen in die staatlichen Organe hingegen weniger stark ausgeprägt. Gleichwohl haben auch die anderen sozialen Schichten ein hohes Maß an Vertrauen in die Polizei (71 bzw. 70 Prozent). In Bezug auf Gerichte und Gesetze ist das Vertrauen dagegen schon deutlich weniger groß: 57 Prozent der Mittelschicht und 53 Prozent der unteren sozialen Schichten geben ein großes Vertrauen in die Gerichte zu Protokoll. Bei den Gesetzen liegt das Niveau mit 58 Prozent beziehungsweise 50 Prozent vergleichbar hoch. Der Verwaltung vertraut in den mittleren und unteren sozialen Schichten nur gut jeder Dritte (36 beziehungsweise 34 Prozent, Schaubild 5).

Die sozialen Schichten haben ein unterschiedlich hohes Vertrauen in rechtliche und Recht durchsetzende Institutionen

Schaubild 5



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 10079 (September 2011)

Bei den anderen Institutionen ist dieser deutliche Vertrauensvorsprung in den höheren sozialen Schichten in diesem Maße nicht zu beobachten. Gleichwohl vertrauen die höheren sozialen Schichten auch den meisten anderen Institutionen, insbesondere den Unternehmen, stärker, als dies die

mittleren und insbesondere die unteren sozialen Schichten tun. Lediglich den Gewerkschaften schenken mittlere und untere soziale Schichten mit 44 Prozent mehr Vertrauen als die Oberschicht mit 40 Prozent (Tabelle 1).

Schichtgebundenes Institutionenvertrauen

Tabelle 1

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“ (Vorlage einer Liste)

– Auswahl –

	Bevölkerung insgesamt %	Sozioökonomischer Status:		
		hoch %	mittel %	niedrig %
Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...				
Mittlere und kleinere Unternehmen.....	77	83	78	68
Stiftungen.....	45	53	42	44
Zeitungen.....	44	47	45	43
Gewerkschaften.....	43	40	44	44
Kirche.....	32	40	29	34
Große Wirtschaftsunternehmen.....	32	40	31	28
Bundesregierung.....	28	35	26	29

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10079 (September 2011)

Ungeachtet der insgesamt hohen Vertrauenswürdigkeit von Gesetzen und Gerichten in den Augen der Bevölkerung benennen die Bundesbürger auch eine Reihe von ausgeprägten Kritikpunkten in Bezug auf das deutsche Rechts- und Justizsystem. Der Umfang der Kritik hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Kritik lässt sich vier Bereichen zuordnen: zu lange Verfahrensdauer durch eine Arbeitsüberlastung der Gerichte, eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung, zu komplizierte Gesetze sowie zu milde Strafen.

Am meisten kritisiert die Bevölkerung nach wie vor die langen Verfahrensdauern: 76 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Verfahren in Deutschland zu lange dauern (2010: 74 Prozent). Ein Grund mag darin liegen, dass die Mehrheit der Bürger (62 Prozent) die Gerichte für überlastet hält (2010: 60 Prozent).

In ähnlichem Umfang hat die Bevölkerung Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht. Gut zwei Drittel sind der Meinung, dass man die Chancen

auf ein günstiges Urteil erhöht, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. Das Gefühl, dass das jeweilige Urteil davon abhängt, welcher Richter zuständig ist, haben mit 61 Prozent ähnlich viele Bundesbürger (2010: 59 Prozent).

Etwas verbessert hat sich der Eindruck der Bevölkerung, dass die Gesetze in Deutschland zu kompliziert sind. Waren im vergangenen Jahr 63 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, dass die Gesetze für den normalen Bürger kaum verständlich sind, stimmen derzeit 55 Prozent diesem Kritikpunkt zu.

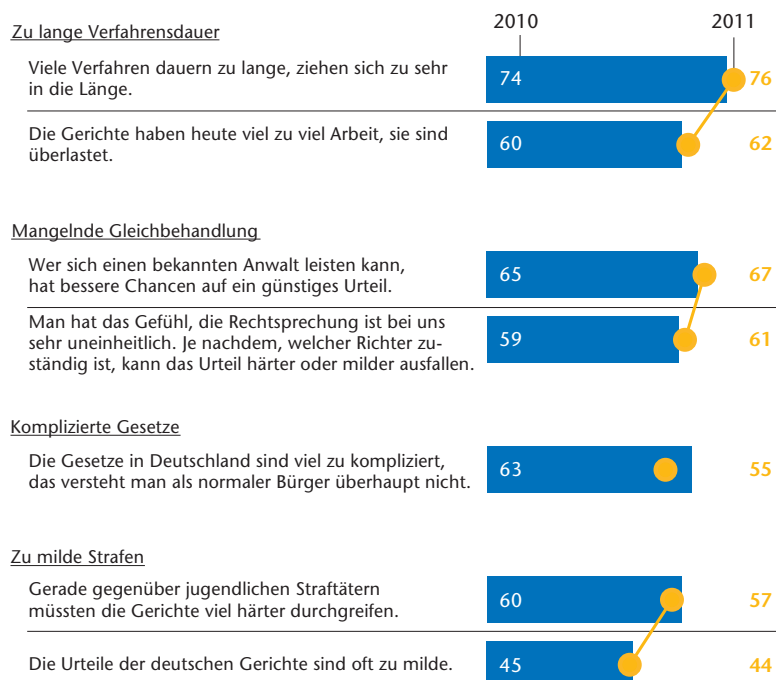
Schließlich werden die verhängten Strafen von den Bürgern kritisiert. Was das Strafmaß angeht, missfällt vielen Bürgern vor allem der ihrer Meinung nach zu milde Umgang mit jugendlichen Straftätern. 57 Prozent (2010: 60 Prozent) würden sich ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. Für 44 Prozent (2010: 45 Prozent) sind die Urteile der deutschen Gerichte allgemein oft zu milde (Schaubild 6).

Anhaltende Kritik an der deutschen Justiz

Schaubild 6

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“
(Vorlage einer Liste)

Auszug, Angaben in Prozent



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10079 (September 2011)

Während sich die Kritikpunkte in Bezug auf das deutsche Rechts- und Justizsystem kaum verändert haben, ist die Zustimmung zu explizit positiven Aussagen über die deutsche Justiz im Vergleich zum Vorjahr rückläufig: Nur gut jeder vierte Bundesbürger (26 Prozent) gibt zu Protokoll, großen Respekt vor Richtern zu haben. Das bedeutet ein Minus von fünf Prozentpunkten im

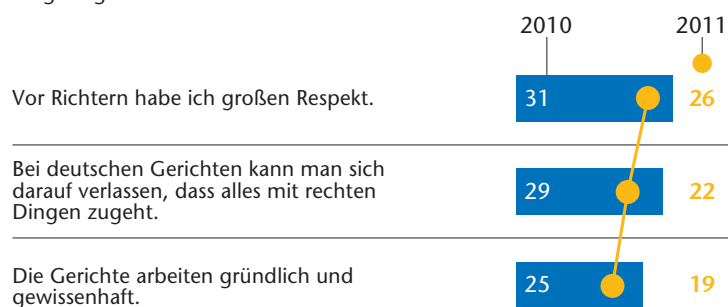
Vergleich zu 2010, als 31 Prozent dieser Aussage zustimmten. 22 Prozent sind davon überzeugt, dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht (2010: 29 Prozent). Dass die Gerichte gründlich und gewissenhaft arbeiten, meint mit 19 Prozent nicht einmal jeder fünfte Bürger (2010: 25 Prozent, Schaubild 7).

Rückläufige positive Bewertungen der deutschen Gerichtsbarkeit

Schaubild 7

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“ (Vorlage einer Liste)

Auszug. Angaben in Prozent



II. Einstellungen zu jugendlichen Gewalttättern, Gegenmaßnahmen und Zivilcourage



II. Einstellungen zu jugendlichen Gewalttätern, Gegenmaßnahmen und Zivilcourage

Am häufigsten machen sich die Bürger Sorgen um ihre eigene Gesundheit sowie um die ihrer nächsten Angehörigen: Dass sie selbst schwer erkranken könnten, befürchten 58 Prozent. 56 Prozent machen sich Sorgen, dass Personen aus dem unmittelbaren familiären Umfeld etwas zustoßen könnten. Der Gedanke, dauerhaft auf Pflege angewiesen zu sein, beschäftigt 53 Prozent. In ähnlichem

Umfang spielen materielle Sorgen eine Rolle: 57 Prozent machen sich Sorgen, inwiefern sie ihren Lebensstandard im Alter halten können; 48 Prozent, dass das Einkommen in den nächsten Jahren nicht ausreichen könnte; 36 Prozent, dass sie arbeitslos werden könnten. Mit 22 Prozent folgt die Sorge, Opfer eines Verbrechens zu werden (Schaubild 8).

Sorgenkatalog der Bevölkerung

Schaubild 8

Frage: „Man macht sich ja manchmal Sorgen und denkt darüber nach, dass einem eventuell mal etwas Unangenehmes passieren könnte. Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes. Ist etwas dabei, bei dem Sie sagen würden, dass Sie sich da Sorgen machen, dass Ihnen das passieren könnte?“ (Vorlage einer Liste. Angaben in Prozent)

Dass ich schwer erkranke	58
Dass meine Rente unsicher ist bzw. dass ich meinen Lebensstandard im Alter nicht halten kann	57
Dass meinem Partner, meinen Kindern oder anderen engen Familienangehörigen etwas zustoßt	56
Dass ich ein Pflegefall werde, dauerhaft auf Pflege angewiesen bin	53
Dass mein Einkommen in den nächsten Jahren nicht ausreichen könnte	48
Dass ich arbeitslos werde	36
Dass ich Opfer eines Verbrechens werde	22
Dass ich in hohe Schulden gerate, die ich nicht mehr zurückzahlen kann	18
Dass es zu einem ernststen Familienstreit kommen könnte, z. B. wegen einer Erbschaft	13
Dass ich mich in meinem Beruf überfordert fühle	12
Dass ich in einen Gerichtsprozess verwickelt werde	7

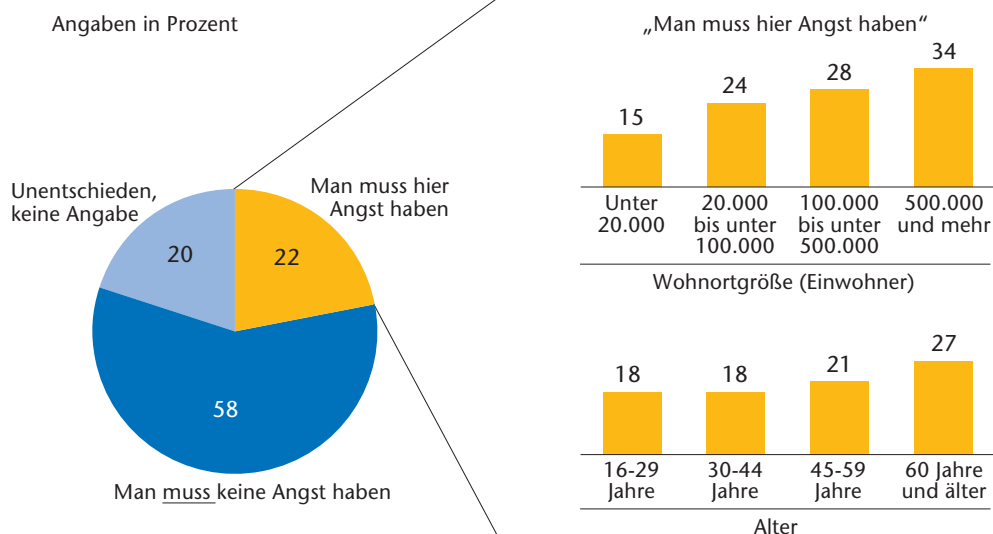
In den letzten Monaten gab es in den Medien regelmäßig Berichte über Übergriffe jugendlicher Gewalttäter, insbesondere auf U- oder S-Bahnhöfen. Ein Großteil der Bevölkerung nimmt für sich selbst allerdings keine Bedrohungssituation unmittelbar am eigenen Wohnort wahr. So sagen 58 Prozent der Bürger, dass man an ihrem Wohnort keine Angst haben müsste, von Jugendlichen auf der Straße angegriffen oder überfallen zu werden. Gut jeder Fünfte aber meint, dass es an dem Ort, in der Gegend, in der er wohnt, sehr wohl Anlass für Angst vor solchen Übergriffen geben

würde. Je größer der Wohnort, desto negativer die Einschätzung der Sicherheitslage. In kleinen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern meinen 15 Prozent, dass man vor jugendlichen Gewalttätern Angst haben müsste, in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern ist es gut jeder Dritte (34 Prozent). Auch das Alter hat einen Einfluss auf die Risikobewertung. 60-Jährige und Ältere sind mit 27 Prozent häufiger als unter 60-Jährige über die Sicherheitssituation am eigenen Wohnort besorgt (Schaubild 9).

Die Angst, Opfer jugendlicher Gewalttäter zu werden, wächst mit Wohnortgröße und Alter

Schaubild 9

Frage: „Zum Thema Gewalt und Verbrechen: Wie ist das hier vor Ort, hier in der Gegend? Muss man hier als Bürger Angst haben, dass man von Jugendlichen auf der Straße angegriffen oder überfallen wird, oder muss man hier eigentlich keine Angst davor haben?“



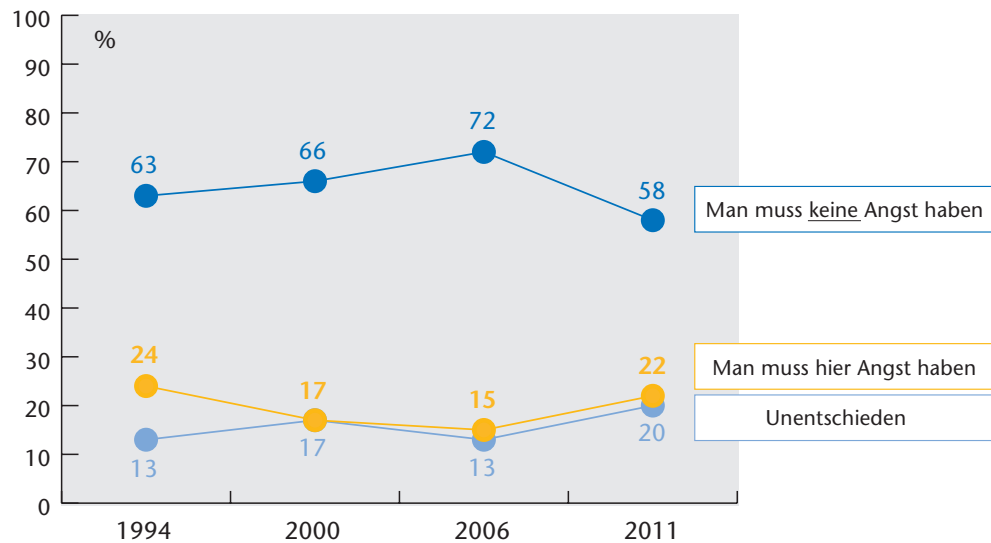
Auch wenn die Bevölkerung somit insgesamt nur von einem begrenzten Bedrohungspotential ausgeht, hat die Sorglosigkeit in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Von 1994 bis 2006 hat sich das subjektive Sicherheitsempfinden am eigenen Wohnort in Bezug auf jugendliche Gewalttäter von 63 Prozent auf 72 Prozent kontinuierlich verbessert. Derzeit sind mit 58 Prozent im Vergleich zu 2006 allerdings deutlich weniger Bürger davon

überzeugt, dass man in ihrem Wohnumfeld keine Angst vor Übergriffen haben müsste. Im Gegenzug ist der Anteil derjenigen, die Anlass für eine solche Sorge sehen, von 15 Prozent im Jahr 2006 auf derzeit 22 Prozent gestiegen. Auch der Anteil der Unentschiedenen, die sich also kein positives Urteil in Richtung Sicherheit zutrauen, ist zuletzt von 13 auf 20 Prozent angestiegen (Schaubild 10).

Die Angst vor jugendlichen Gewalttätigen im Zeitverlauf

Schaubild 10

Frage: „Zum Thema Gewalt und Verbrechen: Wie ist das hier vor Ort, hier in der Gegend? Muss man hier als Bürger Angst haben, dass man von Jugendlichen auf der Straße angegriffen oder überfallen wird, oder muss man hier eigentlich keine Angst davor haben?“



Aus Sicht der Bevölkerung gibt es eine große Bandbreite an Maßnahmen, die geeignet erscheinen, solche gewaltsamen Übergriffe in Zukunft zu verhindern. Besonders häufig werden die personelle und technische Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Raum genannt. So sehen 71 Prozent der Bürger in mehr Wachpersonal auf Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, 66 Prozent in einer höheren Sichtbarkeit der Polizei auf den Straßen einen Weg, Übergriffe zukünftig zu verhindern. Die Einrichtung von „Notfallknöpfen“ beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln, mit denen man schnell Hilfe rufen kann, sehen 65 Prozent als effektiv an. Dagegen würde die Überwachung von öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln durch Videokameras aus Sicht der Bevölkerung mit 55 Prozent vergleichsweise wenig zu einer verbesserten Sicherheitssituation beitragen.

Als wichtig gilt den Bürgern aber auch die Stärkung der Zivilcourage, in der Bevölkerung ins-

gesamt ebenso wie speziell bei Jugendlichen. 69 Prozent der Bürger sind der Auffassung, dass die Stärkung des Bewusstseins in der Öffentlichkeit, bei gewaltsamen Übergriffen nicht wegzusehen und damit Zivilcourage zu zeigen, solche Übergriffe in Zukunft verhindern kann. 63 Prozent halten aufklärende Maßnahmen an Schulen, zum Beispiel dass Jugendliche lernen, wie man sich bei solchen Konflikten verhält, für hilfreich.

Bei der Frage, wie man mit jugendlichen Gewalttätern umgehen soll, sieht die Bevölkerung in härteren Strafen (67 Prozent) eine deutlich erfolgreichere Präventionsmaßnahme als in der Betreuung straffällig gewordener Jugendlicher durch Sozialarbeiter, um erneute Übergriffe zu verhindern (58 Prozent), oder darin, gewaltbereite Jugendliche über Angebote wie zum Beispiel Jugendzentren von der Straße zu holen (56 Prozent, Schaubild 11).

Wie gewaltsame Übergriffe aus Sicht der Bevölkerung am besten verhindert werden können

Schaubild 11

Frage: „Was würde Ihrer Meinung nach am meisten helfen, um solche gewaltsamen Übergriffe in Zukunft zu verhindern?“ (Vorlage einer Liste. Angaben in Prozent)

Mehr Wachpersonal, z. B. auf Bahnhöfen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln	71
Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit stärken, bei gewaltsamen Übergriffen nicht wegzusehen, mehr Zivilcourage zu zeigen	69
Härtere Strafen für jugendliche Gewalttäter	67
Die Polizei sollte auf der Straße sichtbarer sein, häufiger auf Streife gehen	66
Einrichtung von „Notfallknöpfen“, z. B. in öffentlichen Verkehrsmitteln, mit denen man schnell Hilfe rufen kann	65
Aufklärende Maßnahmen an den Schulen, z. B. dass Jugendliche lernen, wie man sich bei solchen Konflikten verhält, wie man den Opfern helfen kann	63
Betreuung jugendlicher Straftäter durch Sozialarbeiter, damit die Jugendlichen lernen, mit ihren Aggressionen umzugehen	58
Gewaltbereite Jugendliche über Angebote wie z. B. Jugendzentren von der Straße holen	56
Verstärkte Überwachung von öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln durch Videokameras	55

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10079 (September 2011)

60-Jährige und Ältere setzen dabei stärker als jüngere Jahrgänge auf eine „Law-and-Order“-Strategie. Mit 76 Prozent stellen für über 60-Jährige härtere Strafen die effektivste Form dar, Straftaten von gewalttätigen Jugendlichen zukünftig zu verhindern. Von den 16- bis 29-Jährigen sind nur 58 Prozent von der Wirksamkeit dieser Maßnahme überzeugt.

Mit 74 Prozent ist auch die verstärkte Präsenz von privatem wie staatlichem Sicherheitspersonal aus Sicht der älteren Generation, die auch stärker als die jüngere Generation Angst vor jugendlichen Gewalttätern hat, ein besonders erfolgversprechendes Mittel gegen solche Übergriffe.

Maßnahmen, die am meisten helfen würden, gewaltsame Übergriffe von jugendlichen Gewalttätern zukünftig zu verhindern

Tabelle 2

	Altersgruppen			
	16–29	30–44	45–59	60 Jahre
	Jahre	Jahre	Jahre	und älter
	%	%	%	%
Mehr Wachpersonal, z. B. auf Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln	66	69	73	74
Härtere Strafen für jugendliche Gewalttäter	58	65	65	76
Polizei sollte auf der Straße sichtbarer sein, häufiger auf Streife gehen	54	62	68	74
Verstärkte Überwachung von öffentlichen Plätzen und Verkehrsmitteln durch Videokameras	44	53	56	62

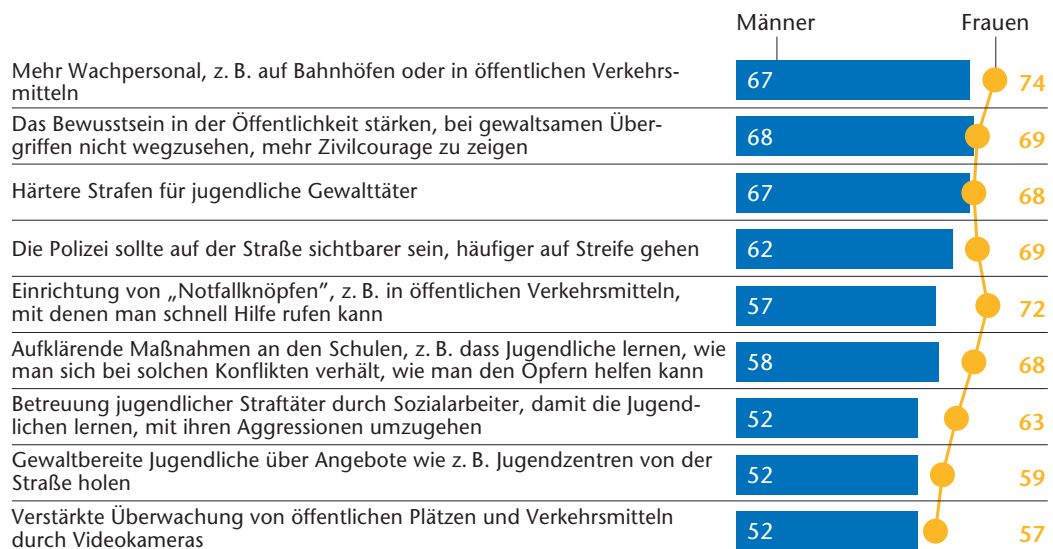
Im Vergleich zu Männern halten Frauen die meisten zur Abstimmung gestellten Maßnahmen für effektiver. Besonders ausgeprägt ist der höhere Zuspruch bei der Einrichtung von Notfallknöpfen: Während 57 Prozent der Männer davon ausgehen, dass sich dadurch Übergriffe besonders gut verhindern lassen, sind es bei den Frauen 72 Pro-

zent. Zudem befürworten Frauen mithin etwas nachdrücklicher als Männer sozialpädagogische Ansätze wie die Betreuung durch Sozialarbeiter (Frauen: 63 Prozent, Männer: 52 Prozent) und verstärkte Angebote zur Jugendarbeit (Frauen: 59 Prozent, Männer: 52 Prozent, Schaubild 12).

Geeignete Sicherheitsmaßnahmen aus Sicht von Männern und Frauen – höherer Zuspruch insbesondere von Frauen für „Notfallknöpfe“

Schaubild 12

Frage: „Was würde Ihrer Meinung nach am meisten helfen, um solche gewaltsamen Übergriffe in Zukunft zu verhindern?“ (Vorlage einer Liste. Angaben in Prozent)



Sofern man Zeuge eines gewaltsamen Übergriffs wird, hält es die Mehrheit der Bevölkerung (56 Prozent) für eine Bürgerpflicht einzugreifen, zum Beispiel indem man sich mit anderen zusammentut, um Schlimmeres zu verhindern. 26 Prozent dagegen können verstehen, wenn man nicht eingreift. Denn selbst wenn man sich mit anderen zusammentut, sei die Gefahr zu groß, dass sich die Gewalttäter gegen einen selbst wenden. Die Einschätzung, dass das Eingreifen bei solchen Zwi-

schfällen eine Bürgerpflicht ist, wird von einer (relativen) Mehrheit in allen Bevölkerungskreisen geteilt. Männer und Jüngere heben diese Bürgerpflicht dabei besonders stark hervor. Von den 16- bis 29-Jährigen sind fast zwei Drittel (65 Prozent) der Auffassung, dass man die Pflicht habe einzuschreiten, soweit sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit anderen ergibt, von den Männern sind es 62 Prozent (Schaubild 13).

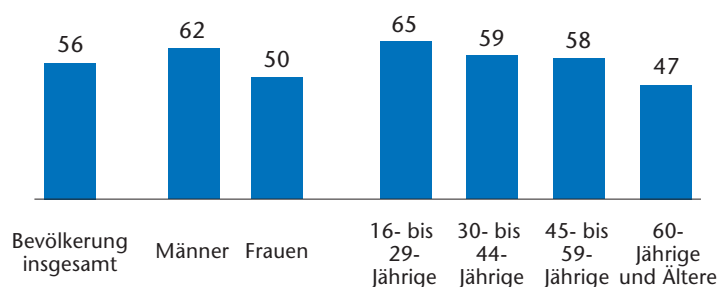
Eingreifen als Bürgerpflicht

Schaubild 13

Frage: „In letzter Zeit wurde in den Medien immer wieder über gewaltsame Übergriffe auf Personen, z. B. in U- und S-Bahnen, auf Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Plätzen, berichtet. Hier unterhalten sich zwei darüber, ob man eingreifen sollte, wenn man einen solchen Zwischenfall mitbekommt. Wem von beiden würden Sie eher zustimmen, dem Oberen oder dem Unteren?“ (Angaben in Prozent)

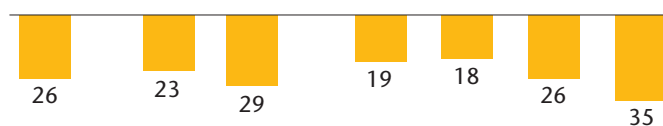
Der Obere:

„Ich finde, man hat als Bürger die Pflicht, in solchen Situationen einzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern. Man kann sich z.B. mit anderen, die den Vorfall auch mitbekommen, zusammentun. Dann ist für einen selbst die Gefahr nicht so groß.“



Der Untere:

„Das sehe ich anders. Ich kann verstehen, wenn Leute nicht eingreifen. Selbst wenn man sich mit anderen zusammentut, ist die Gefahr zu groß, dass man selbst zum Opfer wird.“



Zu 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Vor die hypothetische Entscheidung gestellt, wie man sich selbst verhalten würde, wenn man einen solchen Übergriff gewalttätiger Jugendlicher mitbekommen würde, zeigt sich allerdings eine deutlich geringere Bereitschaft einzugreifen. Obwohl 56 Prozent es als Bürgerpflicht sehen, bei einem solchen Zwischenfall einzugreifen, geben „nur“ 38 Prozent zu Protokoll, dass sie im Verbund mit anderen vermutlich eingreifen würden. 15 Prozent sagen explizit, dass sie nicht eingreifen würden, um sich selbst nicht in Gefahr zu bringen.

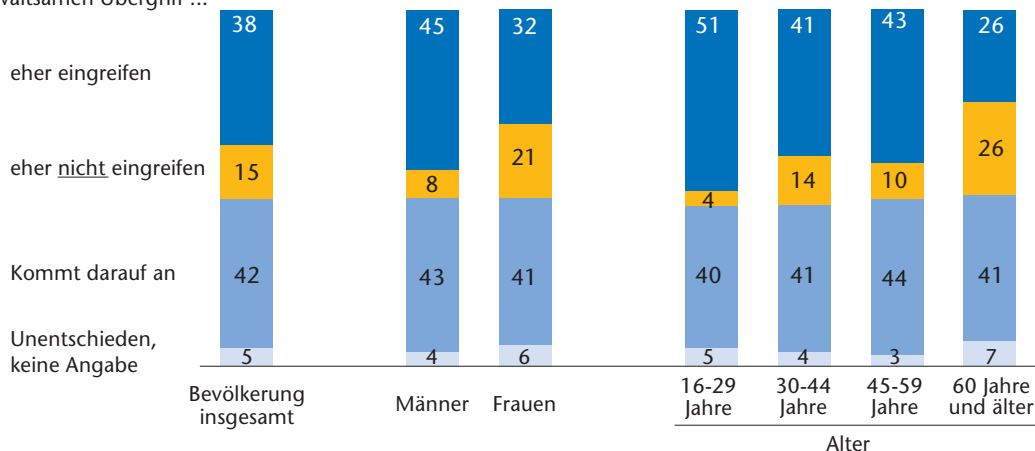
42 Prozent würden es von der konkreten Situation abhängig machen. Männer (45 Prozent) und insbesondere 16- bis 29-Jährige (51 Prozent) sagen dabei deutlich häufiger als Frauen (32 Prozent) und insbesondere über 60-Jährige (26 Prozent), dass sie eher eingreifen würden. Darin spiegeln sich nicht zuletzt auch die körperlichen Voraussetzungen wider, die ein solches Eingreifen mitunter erfordert, auch um sich im Notfall selbst schützen zu können (Schaubild 14).

Selbst eingreifen?

Schaubild 14

Frage: „In letzter Zeit wurde in den Medien immer wieder über gewaltsame Übergriffe auf Personen, z. B. in U- und S-Bahnen, auf Bahnhöfen oder anderen öffentlichen Plätzen, berichtet. Das ist sicher nicht ganz einfach zu sagen, aber was meinen Sie: Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie einen solchen Zwischenfall mitbekommen würden: Würden Sie eher eingreifen, z. B. sich mit anderen zusammentun, um Schlimmeres zu verhindern, oder würden Sie eher nicht eingreifen, um nicht selbst zum Opfer zu werden?“

Es würden bei einem gewaltsamen Übergriff ...



III. Mediation: Steigende Bekanntheit, stabil positive Bewertung



III. Mediation: Steigende Bekanntheit, stabil positive Bewertung

Der ROLAND Rechtsreport 2010 hatte sich intensiv mit den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Mediation befasst. Im Rahmen der aktuellen Untersuchung für den vorliegenden ROLAND Rechtsreport 2011 werden die Ergebnisse für einige der zentralen Fragen auf Basis neuer Daten fortgeschrieben.

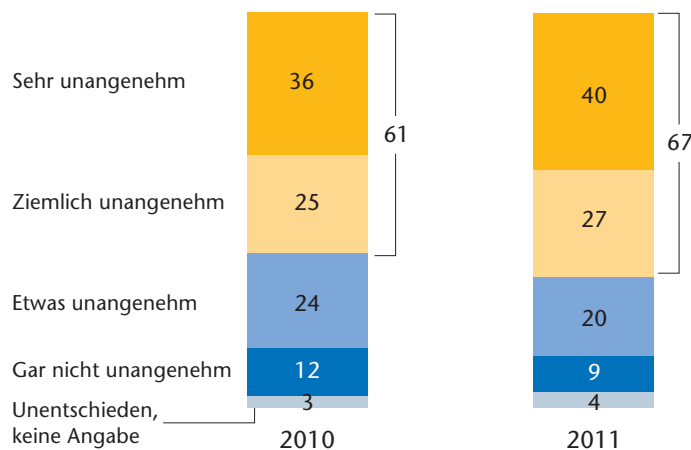
Der Gedanke, in ein Gerichtsverfahren involviert zu sein, führt bei vielen Bürgern zu Unbehagen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung empfin-

det den Gedanken, in einen Gerichtsprozess verwickelt zu sein, als unangenehm: 40 Prozent empfinden den Gedanken als sehr unangenehm, weitere 27 Prozent als ziemlich unangenehm. Damit ist der Kreis derjenigen, die ein beträchtliches Maß an Unwohlsein in Bezug auf eine potentielle Prozessbeteiligung äußern, im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegen. Damals sagten insgesamt 61 Prozent der Bürger, dass ihnen der Gedanke an einen Gerichtsprozess sehr oder ziemlich unangenehm sei. Aktuell sind es 67 Prozent (Schaubild 15).

Der Gedanke, in einen Gerichtsprozess verwickelt zu werden, wird verstärkt als unangenehm empfunden

Schaubild 15

Frage: „Wie unangenehm ist Ihnen der Gedanke, dass Sie selbst in einen Gerichtsprozess verwickelt sein könnten?“ (Angaben in Prozent)



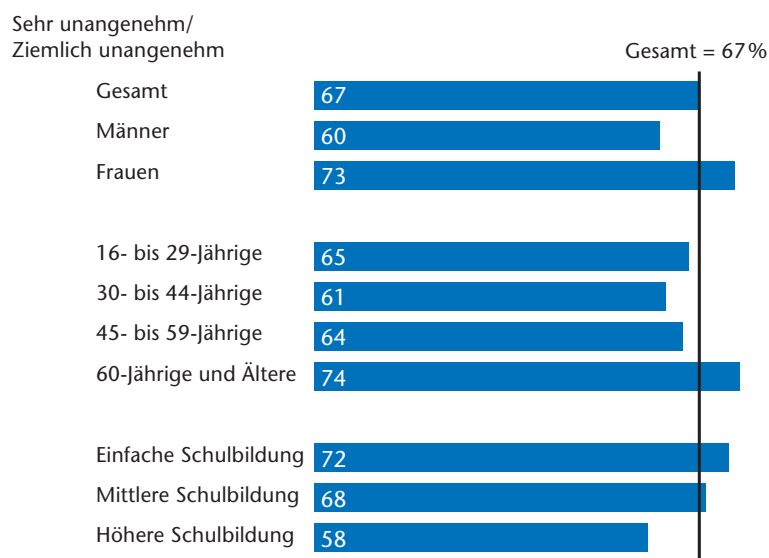
Besonders Frauen, Personen mit einfacher Schulbildung und Älteren ist der Gedanke an ein Gerichtsverfahren unangenehm. 73 Prozent der Frauen, 74 Prozent der über 60-jährigen und 72

Prozent der Personen mit niedriger Schulbildung empfinden den Gedanken, selbst an einem Gerichtsprozess beteiligt zu sein, als sehr oder ziemlich unangenehm (Schaubild 16).

Wem der Gedanke an die Beteiligung an einem Gerichtsprozess besonders unangenehm ist

Schaubild 16

Frage: „Wie unangenehm ist Ihnen der Gedanke, dass Sie selbst in einen Gerichtsprozess verwickelt sein könnten?“ (Angaben in Prozent)



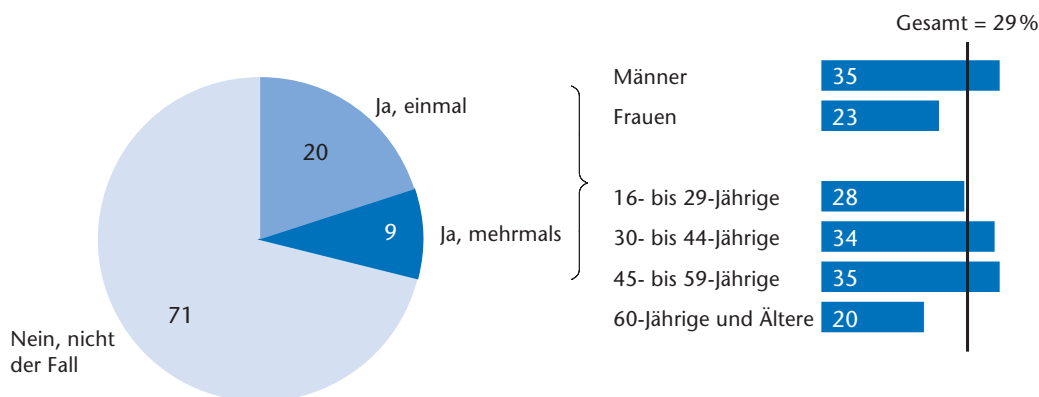
Ein beachtlicher Teil der Bundesbürger hat auch bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht. 29 Prozent der Bevölkerung waren in den zurückliegenden zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt – als Zeuge, Kläger, Be-

klagter oder Zuschauer. 20 Prozent waren einmal, 9 Prozent sogar mehrmals vor Gericht geladen. Besonders häufig waren Männer und Personen mittleren Alters zwischen 30 und 59 Jahren in Gerichtsverfahren involviert (Schaubild 17).

29 Prozent der Bundesbürger waren in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt

Schaubild 17

Frage: „Waren Sie in den letzten zehn Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal, ob als Kläger, Beklagter, Zeuge oder als Zuschauer, oder war das nicht der Fall?“
(Angaben in Prozent)



Je häufiger eine Person an Gerichtsverfahren beteiligt war, desto weniger unangenehm erscheint ihr der Gedanke, vor einen Richter treten zu müssen. Insbesondere Personen, die in den letzten zehn Jahren mehrmals an Prozessen beteiligt waren, haben eine weniger stark ausgeprägte Aversion gegen Gerichtsverfahren. 47 Prozent von ihnen ist der Gedanke an einen Gerichtstermin sehr oder ziemlich unangenehm. Personen, die in den

letzten zehn Jahren nicht an einem Prozess beteiligt waren, verbinden dagegen zu 71 Prozent ein ausgeprägt unangenehmes Gefühl mit dem Gedanken, vor Gericht erscheinen zu müssen. Wer zumindest einmal in den letzten zehn Jahren an einem Verfahren beteiligt war, hat zu 62 Prozent ebenfalls ein deutlich stärkeres Unbehagen als diejenigen, die häufiger mit der Justiz zu tun haben (Tabelle 2).

Gedanke, in ein Gerichtsverfahren verwickelt zu werden, auch für Personen mit Prozess Erfahrung unangenehm

Tabelle 3

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“ (Vorlage einer Liste)

	Bevölkerung insgesamt %	Personen, die in den letzten zehn Jahren an Gerichtsverfahren beteiligt waren:		
		nie %	einmal %	mehrmals %
Es finden den Gedanken, in ein Gerichtsverfahren verwickelt zu sein ...				
sehr unangenehm.....	40	45	34	22
ziemlich unangenehm.....	27	26	28	25
etwas unangenehm.....	20	19	20	26
gar nicht unangenehm.....	9	6	15	19
Unentschieden, keine Angabe.....	4	4	3	8
	100	100	100	100

Ein formales Verfahren für die außergerichtliche Streitbeilegung ist die Mediation. Der von der Bundesregierung verabschiedete und vom Bundestag derzeit noch beratene Entwurf für ein Mediationsgesetz folgt einem Auftrag der Europäischen Union, die sogenannte Mediationsrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Im Zuge dieser Umsetzung sollen die Mediation und andere Verfahren außergerichtlicher Konfliktbeilegung gefördert und umfassend geregelt werden.

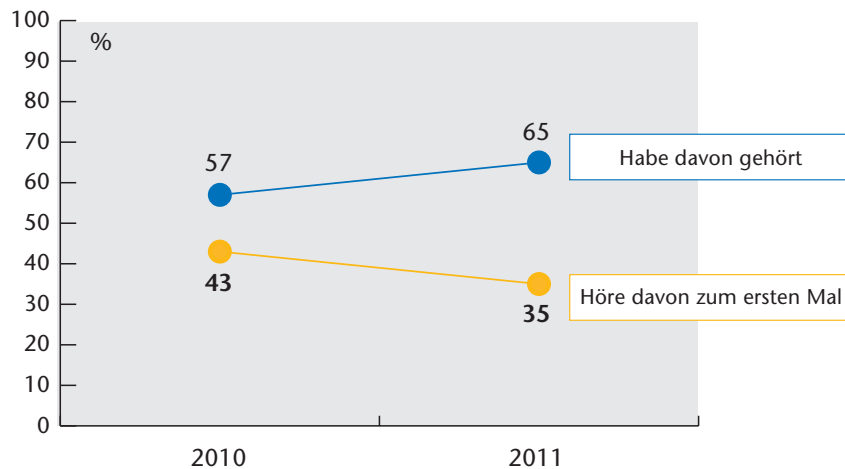
Vereinfacht kann die Mediation als Verfahren beschrieben werden, in dem zwei Streitparteien mit

Hilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam versuchen, zu einer Konfliktlösung zu kommen. Die Mediation als Instrument der Streitbeilegung wurde in Deutschland erst Anfang der 1990er Jahre entdeckt. Inzwischen haben bereits 65 Prozent der Bevölkerung von der Möglichkeit der Mediation gehört, womit sich die Bekanntheit des Mediationsverfahrens in nur einem Jahr um acht Prozentpunkte erhöht hat. Nur gut ein Drittel der Bevölkerung hat noch nicht von der Möglichkeit der Mediation gehört (Schaubild 18).

Steigende Bekanntheit des Mediationsverfahrens

Schaubild 18

Frage: „Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit der sogenannten Mediation. Dabei versuchen die beiden Streitparteien mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen. Haben Sie von der Möglichkeit der Mediation schon einmal gehört, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?“



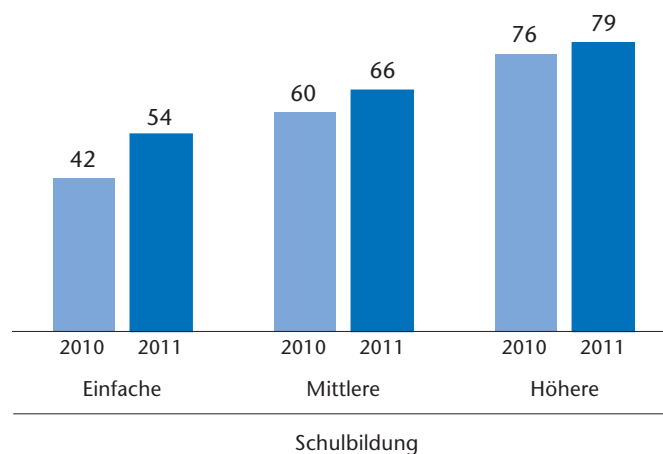
Besonders in höheren Bildungsschichten ist die Mediation weithin bekannt. 79 Prozent der Personen mit einer höheren Schulbildung haben bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört, ein Plus von drei Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Deutlich stärker ist im Vergleich dazu die Bekanntheit der Mediation bei Personen mit einfacher und mittlerer formaler Schulbildung gestie-

gen, liegt aber nach wie vor auf einem niedrigeren Niveau als bei denjenigen mit einer hohen formalen Bildung. Von Personen mit mittlerer Schulbildung haben 66 Prozent bereits von der Mediation gehört (plus sechs Prozentpunkte gegenüber 2010), von denjenigen mit einfacher Schulbildung 54 Prozent (plus zwölf Prozentpunkte gegenüber 2010, Schaubild 19).

Mediationsverfahren nun in allen Bildungsschichten mehrheitlich bekannt

Schaubild 19

Es haben bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört (Angaben in Prozent)



Für die Bewertung der Mediation wurde den Befragten wie im Vorjahr eine detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

- Die Teilnahme am Mediationsverfahren ist freiwillig
- Die beiden Streitparteien versuchen mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen
- Die beiden Streitparteien wählen den Mediator gemeinsam aus
- Der Mediator unterstützt die beiden Streitparteien lediglich bei der Suche nach einer Konfliktlösung, er trifft selbst keine Entscheidungen und schlägt keine möglichen Lösungen vor

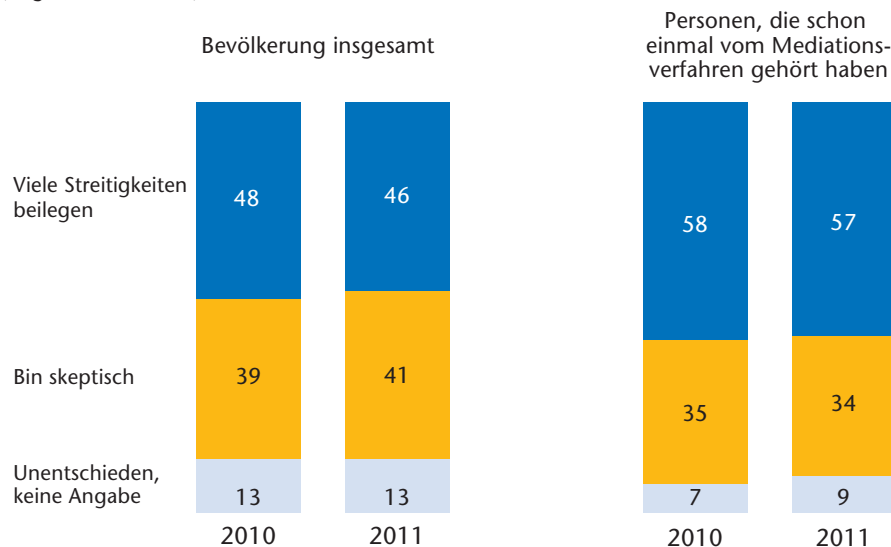
- Die gemeinsam gefundene Lösung beruht auf der Einigung der beiden Parteien

Das Mediationsverfahren wird weitestgehend ähnlich positiv wie 2010 bewertet. 46 Prozent der Bevölkerung glauben, dass sich durch die Mediation viele Streitigkeiten beilegen lassen (2010: 48 Prozent); 41 Prozent hingegen sind skeptisch (2010: 39 Prozent). Von den Personen, die bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört haben, glauben 57 Prozent an einen positiven Effekt der vergleichsweise neuen Methode (2010: 58 Prozent). Nur ein gutes Drittel (2011: 34 Prozent; 2010: 35 Prozent) äußert Zweifel an der Effektivität der Mediation (Schaubild 20).

Stabil positive Bewertung der Erfolgchancen des Mediationsverfahrens

Schaubild 20

Frage: „Hier stehen einige Einzelheiten des sogenannten Mediationsverfahrens aufgeschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal durchlesen. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10079 (September 2011)

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1	Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen	12
Schaubild 2	Vertrauen in die Gerichte leicht gesunken – aber nach wie vor auf hohem Niveau	13
Schaubild 3	Wirtschaftliche Institutionen gewinnen an Vertrauen	14
Schaubild 4	Gestiegenes Vertrauen in Regierung und Verwaltung	15
Schaubild 5	Die sozialen Schichten haben ein unterschiedlich hohes Vertrauen in rechtliche und Recht durchsetzende Institutionen	17
Schaubild 6	Anhaltende Kritik an der deutschen Justiz	20
Schaubild 7	Rückläufige positive Bewertungen der deutschen Gerichtsbarkeit	23
Schaubild 8	Sorgenkatalog der Bevölkerung	24
Schaubild 9	Die Angst, Opfer jugendlicher Gewalttäter zu werden, wächst mit Wohnortgröße und Alter	25
Schaubild 10	Die Angst vor jugendlichen Gewalttätern im Zeitverlauf	26
Schaubild 11	Wie gewaltsame Übergriffe aus Sicht der Bevölkerung am besten verhindert werden können	28
Schaubild 12	Geeignete Sicherheitsmaßnahmen aus Sicht von Männern und Frauen – höherer Zuspruch insbesondere von Frauen für „Notfallknöpfe“	30
Schaubild 13	Eingreifen als Bürgerpflicht	31
Schaubild 14	Selbst eingreifen?	32
Schaubild 15	Der Gedanke, in einen Gerichtsprozess verwickelt zu werden, wird verstärkt als unangenehm empfunden	34
Schaubild 16	Wem der Gedanke an die Beteiligung an einem Gerichtsprozess besonders unangenehm ist	35
Schaubild 17	29 Prozent der Bundesbürger waren in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt	36
Schaubild 18	Steigende Bekanntheit des Mediationsverfahrens	38
Schaubild 19	Mediationsverfahren nun in allen Bildungsschichten mehrheitlich bekannt	39
Schaubild 20	Stabil positive Bewertung der Erfolgchancen des Mediationsverfahrens	40

ROLAND-Unternehmensgruppe
Deutz-Kalker Straße 46
50679 Köln
www.roland-konzern.de
service@roland-rechtsschutz.de

